

Gemeinde muss eine neue Betriebsform finden

AMTZELL - Seit 20 Jahren betreibt die Gemeinde Amtzell mit einem Fernseh- und Rundfunkgeschäft eine Empfangsstation, über die etwa 650 Amtzeller ihr Fernseh- und Rundfunkprogramm empfangen. Die Gemeinde muss nun auf Drängen des Landratsamtes nach möglichen privaten Betreibern suchen beziehungsweise die Auslagerung in eine eigene private Rechtsform prüfen.

Von unserem Redakteur
Michael Gold

Inwieweit beeinträchtigen Parabolantennen – im Volksmund auch „Sat-Schüsseln“ – genannt, das Ortsbild? Der Gemeinderat Amtzell hat vor etwa 20 Jahren entschieden, dass man die Dächer der Neubaugebiete nicht gepflastert mit Parabolantennen haben möchte. Um dies im Bebauungsplan ausschließen zu können,

musste eine Alternative her. Die Telekom lehnte es aus Rentabilitätsgründen ab, die Gemeinde Amtzell ans Kabelnetz anzuschließen.

Genehmigung läuft bis 2010

Der Gemeinderat entschloss sich deshalb zu einer eigenen Lösung. Zusammen mit dem Inhaber eines Rundfunk- und Fernsehgeschäftes investierte die Gemeinde in eine Empfangsstation, die der Unternehmer auf seinem Grundstück installierte und über die die Amtzeller ihre Fernseh- und Rundfunkprogramme empfangen können. Die Genehmigung der Empfangsstation läuft noch bis zum Ende des Jahres 2010 auf den Namen des Geschäftsinhabers, der sich auch um den Betrieb und die Unterhaltung der Anlage kümmert.

Nun trat allerdings im Jahre 1996 das Telekommunikationsgesetz in Kraft, das unter anderem vorsieht, solche Anlagen aus Wettbewerbsgründen zu privatisieren. Daraufhin schrieb

die Regulierungsbehörde alle Kommunen an, mit dem Hinweis, ihre öffentlichen Anlagen abzugeben.

Die Gemeinde Amtzell erhielt nie ein solches Schreiben, wohl – wie Bürgermeister Paul Locherer und Kämmerer Jürgen Gauß vermuten –, da ja die Betriebserlaubnis der Anlage in privaten Händen liegt. Dennoch monierte die kommunale Rechtsaufsichtsbehörde wiederholt, dass die Gemeinde, und damit die öffentliche Hand, an der Anlage beteiligt ist.

Um zu klären, ob es sich rechtlich um eine private oder eine öffentliche Anlage oder gar eine Mischform handelt, beauftragte die Gemeinde ein Kommunalbüro mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens. Denn sollte die Gemeinde die Anlage abgeben müssen, hätte sie auch keinen Einfluss mehr auf die Gebührenhöhe. Gerade diesen möchte die Kommune aber nicht verlieren. Denn die etwa 650 Amtzeller Kunden zahlen bisher pro Monat lediglich 6,40 Euro an Gebühren, weniger als die Hälfte der Gebüh-

ren der Kabel BW. Da die Gemeinde keinen Gewinn erzielen darf, konnten die Gebühren bisher auf diesem niedrigen Niveau gehalten werden. Das Gutachten liegt der Gemeinde noch nicht vor.

Frist von sechs Monaten

Die Rechtsaufsichtsbehörde hat der Gemeinde bei ihrer jüngsten Prüfung eine Frist von sechs Monaten gestellt, eine Privatisierungslösung aufzuzeigen. Dies hat Bürgermeister Locherer vor kurzem in einer Gemeinderatssitzung mitgeteilt. Seither sind Bürgermeister und Kämmerer in Gesprächen mit möglichen Anbietern. „Wir suchen eine Lösung, bei der wir unsere günstigen Gebühren beibehalten können und trotzdem den Forderungen nach Privatisierung nachkommen können“, fasst Paul Locherer zusammen.

Die Anlage selbst sei, so Kämmerer Jürgen Gauß, in seinem „sehr guten“ Zustand. Die Leitungen wurden seinerzeit in Leerrohren verlegt, so dass

beim möglichen Umstellen auf modernere Technik keine Strafenbeläge aufgerissen werden müssten.

Laut Landratsamt Ravensburg ist die Gemeinde Amtzell die einzige im Landkreis, die eine solche Anlage noch mitbetreibt. Alle anderen wurden seinerzeit von der Regulierungsbehörde angeschrieben, da bei ihnen – im Gegensatz zu Amtzell – die Gemeinde eindeutig als alleiniger Betreiber auftrat.

